

Durch die AfD zu Weimarer Parallelen?

Nach den Landtagswahlen vom September 1930 im Freistaat Braunschweig mit einer höheren Wahlbeteiligung als zuvor, bei denen die NSDAP ihren Wähleranteil von 10.000 auf 68.000 Stimmern steigern konnte, wurde den Nationalsozialisten die Regierungsbeteiligung von der „Bürgerlichen Einheitsliste“ (BEL) mit den Parteien DNVP, DVP, Zentrum angetragen. Die bisherige SPD-Regierung wurde mit der Bildung der Landesregierung aus NSDAP und der BEL abgelöst. Zwar besaß die SPD im Landesparlament noch immer den stärksten Wähleranteil, sie verfügte über 17 Abgeordnetenmandate, aber durch die Koalition zwischen der BEL und der NSDAP, die gemeinsam drei Mandate mehr zusammenbrachten, wurden die Sozialdemokraten an der Regierungsbildung gehindert.¹ Den Nationalsozialisten gelang in Kürze durch Übertritte von zwei Abgeordneten aus mittelständischen Wählervereinigungen die Majorisierung der Koalition. Sie verfügte zunächst über nur neun, später dann über elf Abgeordnetensitze. Nun begann der braune Schwanz mit dem schwarzen Hund zu wedeln. Die nicht radikalen Bürgerlichen vermochten ihre beabsichtigte politische Rolle in dieser Koalition durch das Übergewicht der deutschnationalen und nationalsozialistischen Abgeordneten nicht zu erlangen. So begann das „Dritte Reich“ im Freistaat Braunschweig bereits im Oktober 1930 und half mit, die Machtübergabe an Hitler vorzubereiten. Bernd Höcke ist bereits vollauf damit beschäftigt, seine eigene „Machtübernahme“ vorzubereiten. Seine Machtübernahmefantasien sind bereits so weit gediehen - laut Deutschlandfunk 6.9.2018, - dass er Bundespolizisten auffordert, *ihren Vorgesetzten nicht mehr zu folgen, mit der Drohung, dass sie nach der „Machtübernahme des Volkes“ zur Rechenschaft gezogen würden.*

Im nächsten Jahr 2019 finden in Sachsen und in Brandenburg Landtagswahlen statt. Beide Länder haben ein hohes AfD-Stimmenpotential. Die AfD will in beiden Ländern, vor allem aber in Sachsen die stärkste Partei werden. Die aktuellen Aussichten, auch einen AfD-Ministerpräsidenten zu stellen, sind groß. Da die AfD wahrscheinlich noch nicht die absolute Mehrheit erringen kann, benötigt sie einen Koalitionspartner. Wer wird das sein? Einen Geschmack davon, wie es sein könnte, haben wir gerade aktuell in Dresden erlebt. Ein ZDF-Team wurde während einer Pegida-Demonstration in Dresden gegen Angela Merkel von einem Mitarbeiter des Landeskriminalamtes angepöbelt. Anwesende Polizisten kontrollierten daraufhin die ZDF-Journalisten und hielten sie eine dreiviertel Stunde von ihrer Arbeit ab. Die Journalisten stellten ein Video dieser Unterbrechung ihrer Arbeit ins Internet. Der sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer kommentierte diesen Vorgang so: *Die einzigen Personen, die in diesem Video seriös auftreten, sind Polizisten.* Damit stellte er sich auf die Seite derjenigen, die die ZDF-Journalisten als „Lügenpresse“ beschimpft hatten. Die AfD bekam bei der Bundestagswahl in Sachsen 27 Prozent. Sachsen hat 10.000 Polizisten. Umgerechnet auf Polizisten weist das auf rund 2.700 AfD wählende Polizisten hin. Dass dieses keine Milchmädchenrechnung ist, wissen wir. Es ist nicht der erste Fall mit auffälligem Polizeiverhalten in Sachsen. (NSU nicht vergessen!) Die aktuellen Vorfälle in Chemnitz am 26./27.8. mit Menschenhass und Kontrollverlust sind beinahe eine Blaupause aus der Zeit der Weimarer Republik. In den Medien wird bereits diskutiert, ob angesichts der sichtbaren Hilflosigkeit und Ignoranz der sächsischen Behörden der im Grundgesetz vorgesehene „Bundeszwang“² praktiziert wer-

¹ Die Linken errangen 19 Mandate, 2 KPD und 17 SPD. Die Nazis schafften 9 Sitze, die Einheitsliste 11 und die Staatspartei schickte einen Abgeordneten in den Landtag. Die Regierungskonstellation war somit vorbestimmt, eine Koalition der Nazis mit den Bürgerlichen unter Einbeziehung der Staatspartei. Die Nazis waren somit Regierungspartei.

² Im Wege des Bundeszwangs (Artikel 37 GG) kann die Bundesregierung notwendige Maßnahmen ergreifen. In Betracht kämen die Ersatzvornahme, die Sperrung der Finanzmittel, die Auflösung des Parlaments, die Einsetzung von Polizeikräften und schließlich der Einsatz der Bundeswehr. Ähnliches ist in Spanien kürzlich in Katalonien vollzogen worden.

den sollte. Das wäre dann ein offener Schritt zurück in die Vergangenheit der letzten Jahre der Weimarer Republik!

Wenn bisher die Gefahr bestand, dass es in Sachsen zu einer AfD-CDU Koalition kommen könnte, so scheint mir diese Gefahr nach den Chemnitzer Ereignissen nicht mehr gegeben. Dennoch, die Gefahr der „Weimarer Verhältnisse“ ist schon viel weiter als wir glauben. Die AfD agiert bereits erfolgreich mitten in der Gesellschaft und vor allem auch in den Gewerkschaften. In den Medien wird „Weimar“ mehr und mehr in Kommentaren mit heutigen Zuständen verglichen. Der Philosoph Wolfram Eilenberger antwortete in einem BZ-Interview am 29.8.2018 auf die Frage: Sind die Konflikte der Weimarer Republik mit unserer Zeit vergleichbar?: *Ich will mit meinem Buch auch zeigen, dass die 1920er Jahre als eine Ursprungszeit für unsere heutige Lage zu verstehen sind. Es gibt mindestens drei große Parallelen. Da ist zum einen die Empfindung einer unglaublichen Beschleunigung, die es auch damals gab, durch neue Medien wie Radio und Telefon, aber auch durch Autos und, Flugzeuge, Ozeandampfer. Er nennt auch den „Globalisierungsschub“ und den „gesellschaftlichen Wandel“. Und dann: Schließlich die Destabilisierung der Demokratie durch das Erstarken extremer Kräfte.*

Appell

- Die in der AfD hinter der Maske der Biedermänner und -Frauen vor allem in der Kommunalpolitik eher verdeckt gegen unsere Demokratie hetzenden Parteimitglieder müssen ebenso bekämpft werden wie die in oberen Ebenen offen agierenden Feinde unserer Demokratie. *Wer Menschen anderen Aussehens durch Straßen jagt oder den Tätern mit wohlfeilen Tweets sekundiert, dem darf kein Verständnis entgegengebracht werden, sondern der muss vor allem eines erfahren: gesellschaftliche Ächtung.* (Die ZEIT, 30.8.2018)

- Mitglieder und Amtsinhaber der schon länger bestehenden Parteien, die von der AfD als Volksverräter bezeichnet werden, müssen erkennen, dass man sich angesichts der Lage in Deutschland nicht mehr hinter dem Argument verstecken kann, man müsse nicht über jedes Stöckchen der AfD springen. *Die permanente sprachliche Zuspitzung, wie sie Gauland und Co. betreiben, verdreht nicht nur an vielen Stellen die Fakten, sie träufelt Gift in die Gesellschaft.* (Die ZEIT, 30.8.2018)

- Um die Ziele und Aussagen der AfD zu bekämpfen und mittelfristig ihre Stimmenanteile bei Wahlen unter fünf Prozent zu bringen muss offen, undogmatisch und realitätsbezogen endlich mal rückblickend diskutiert werden, warum die AfD aus dem Stand bei den Wahlen in den letzten Jahren auf allen Ebenen hohe Wahlergebnisse erzielen konnte. Während der Diskussionen um große Zahlen von nach Deutschland gekommenen Flüchtlingen in den 1990er Jahren habe ich damals bereits schriftlich gegenüber Kommunalpolitikern auf den Zusammenhang zwischen plötzlich hohen Flüchtlingszahlen und dem Anwachsen rechtsradikaler und neonazistischer Sympathien in der Bevölkerung hingewiesen. Leider ist diese Prognose eingetreten. Daher möchte ich diese Voraussage erneuern und darauf hinweisen, dass sich durch die Ereignisse der letzten Jahre auch die Gefahr für unsere Demokratie erhöht hat und sich weiter erhöhen wird, wenn die Flüchtlingsproblematik weiterhin so chaotisch, dilettantisch und konzeptlos behandelt wird, dass daraus weitere Stimmen für die AfD entstehen.

- Die Politiker, die sich natürlich aus parteipolitischen Gründen gegenseitig kritisieren müssen, haben in der Frage der Flüchtlingsproblematik allerdings die große Verantwortung, ihre wechselseitigen Kritiken auch so zu bedenken, dass daraus keine Gefahren für die Demokratie entstehen. Geschockt hat mich eine Äußerung der Grünen Vorsitzenden Annalena Bearbock zu den furchtbaren Vorgängen im Mittelmeer: Sie verglich und begründete die Notwendigkeit der dort stattfindenden Seenotrettungsmaßnahmen mit der Rettung eines Menschen, der hier in

Deutschland in einen Kanal gefallen ja auch gerettet werden würde; die AfD wird sich über diese unerträgliche Aussage gefreut haben.

- Mehr als gefreut haben wird sich die AfD, Partei mit vielen neonazistischen Mitgliedern auch in hohen Parteipositionen, über den rein aus parteipolitischen Interessen geführten Kampf der CSU für Ziele, die sich teilweise als Humbug herausstellen. Dieser schäbige zum ausschließlichen Vorteil der CSU praktizierte Egoismus hat unserem Land in kaum wieder gut zu machender Weise geschadet. Und die dafür verantwortlichen Politiker sitzen weiterhin in ihren Ämtern und fahren fort, das Vertrauen zu schädigen, das Bürgerinnen und Bürger in dieses Land setzen sollten.

- Neben der einzigen rechtsradikal orientierten und pseudodemokratischen Partei AfD agieren in Deutschland die bekannten Parteien SPD, CDU/CSU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen, Freie Wähler, Die Linke, DIE Partei und vielfältige Bürgergruppen. Wird diese geballte Kraft des traditionellen politischen Spektrums weiterhin nicht in der Lage sein, das weitere Abdriften unseres Landes in die Rechtsradikalität nicht nur aufzuhalten, sondern Rückschritte einzuleiten?

Meine Hoffnung ist zurzeit gering. Noch immer streiten die Parteien mit ihren zum Teil bewusst überzogenen Parolen eher für ihr eigenes Stimmenpotential als gegen das Abfallen nach radikal rechts. In diesem Land kann es sich eine Alice Weidel angesichts des Mordes an einem Mann in Chemnitz ohne Konsequenz leisten, zu behaupten: **Das Abschlachten geht immer weiter!** Die Frau ist die Vorsitzende der Oppositionspartei im Bundestag. Merkt denn keiner, dass, weil darauf nicht adäquat reagiert wird, die Teilnehmer des „Parlamentarischen Rates“, die Väter und Mütter des Grundgesetzes, in ihren Gräbern rotieren? Diese Frau Weidel gehört vor ein Gericht unseres Rechtsstaates, um sie nicht nur als Volksverhetzerin für einige Zeit hinter Gittern zu festzusetzen, sondern ihr muss auch das passive Wahlrecht für mindestens zehn Jahre entzogen werden. Und wenn der Paragraph zur Volksverhetzung dafür nicht ausreicht, muss die „wehrhafte Demokratie“ schnellstens eine Änderung vornehmen.

Ich habe den AfD-Kreisverband gefragt, ob dieser Wortlaut unterstützt wird. Der stellvertretende Vorsitzende, Vorsitzender der Stadtratsfraktion und Kreistagsabgeordnete Klaus-Dieter Heid hat mir darauf geantwortet. Ich zitiere hier nur die ersten zwei Sätze. Den Rest der langen Stellungnahme finden Sie am Ende dieses Appells: *Die auch in der Schweiz lebende Frau Weidel mag sich in ihrer Wortwahl vielleicht am schweizerischen Synonym „schlachten=abstechen/töten“ (Duden) orientiert haben. Genaueres mag Ihnen Frau Weidel selbst mitteilen, sofern sie Ihnen dazu Gelegenheit einräumen mag.*

Verehrte oben genannte dem hiesigen kommunalen und demokratischen Spektrum zugehörigen Parteien: Wollen Sie diese Weidel-Äußerung weiterhin ignorieren? Ist die Bundesrepublik Deutschland ein Schlachthaus? Wann endlich wachen Sie auf und folgen den inzwischen mehrfach nach „Chemnitz“ geäußerten Forderungen, Gesicht zu zeigen?

- Ist die oft benutzte Begrifflichkeit der „wehrhaften Demokratie“ nur eine Seifenblasenparole der vergangenen Jahrzehnte?

Wenn Sie diesem Appell zustimmen können, bitte ich Sie, mir per Email Ihre Unterstützung mit der Genehmigung mitzuteilen, Ihren Namen auf meiner Website unter dem Appell zu veröffentlichen.

Jürgen Kumlehn, Wolfenbüttel, 7.9.2018, Erinnerung und Widerstandskämpfer gegen die AfD.
JKumlehn@t-online.de - www.ns-spurensuche.de